



*Pro Zukunft*

## **Fraktion im Kreistag Märkisch-Oderland**

### **Fraktionsbüro**

August Bebel-Str. 22  
15344 Strausberg

### **Fraktionsvorsitz**

Burkhard Paetzold

Tel: 03341-207050

Email: b.paetzold@o2online.de

### **Stellv. Fraktionsvorsitz**

Monika Märten

Email: monika.maerten@prozukunftmol.de

## **Presseerklärung**

### **Ein längst überfälliges Verbot**

Der Mais Mon810 der Firma Monsanto ist Studien zufolge als „Gefahr für die Umwelt“ einzustufen. So begründete Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner heute das Verbot der genveränderten Maissorte - ein Verbot das lange überfällig war. Wir begrüßene diesen Schritt ausdrücklich und fordern, dass keine weiteren genveränderte Organismen (GVO) in Deutschland zum Anbau zugelassen werden.

Eine Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnt GVO in der Lebensmittelproduktion ab. Das Verbot kam gerade noch rechtzeitig, um ein Achtungszeichen zu setzen, denn es geht in zunehmendem Maße nicht mehr nur um Mais als Futter- und Lebensmittel, sondern auch als Energiepflanze, bei der ein weiterer Damm zu brechen drohte. Andererseits war der Anbau in der Nähe von touristisch attraktiven Regionen und Naturschutzgebieten und in Nachbarschaft von Biolandbaubetrieben und Imkern gerade im Begriff einen enormen Imageschaden für unseren Landkreis zu erzeugen.

Die Einführung patentierten Saatguts, wie der in Rede stehenden GVO Produkte, stellt nicht einfach nur einen neuen Schritt der Pflanzenzüchtung dar, wie es oft verharmlosend heißt, sondern es wird eine Grenze überschritten, weil nicht auszuschließen ist, dass Umweltauswirkungen unumkehrbare sind, und auch, weil die unternehmerische Freiheit der Landwirte auf dem Spiel steht. Die Saatgut-Industrie wird, dadurch dass sie über Patente das Eigentum an den manipulierten Pflanzen erworben hat, an denen sich die Bauern nur noch ein Nutzungsrecht erkaufen können, in die Lage versetzt, die Landwirte in Abhängigkeit zu bringen. Andererseits gibt es eine

Ungleichverteilung des Risikos, weil die Industrie nicht bereit ist, das Haftungsrisiko mit zu übernehmen, sondern dies den anbauenden Landwirten überläßt.

Das Hin und Her der Zulassung hat die Bauerschaft auch und besonders in unserem Landkreis sehr verunsichert. Der ursprüngliche Antrag unserer Fraktion, im Kreistag gegen den GVO -Anbau im Landkreis Stellung zu beziehen, wurde von den anderen Fraktionen so nicht mitgetragen, mit dem Verweis auch vorrangigen Handlungsbedarf auf der Bundesebene.

In seinem „Beschuß zum Schutz der gentechnikfreien Produktion“ hat der Kreistag dann aber auf unseren Antrag hin im vergangenen Jahr vom Landrat wenigstens eine turnusmäßige Berichterstattung

- über GVO Erprobungsanbauprojekte,
- über Kontrollen von Verunreinigungen durch GVO in Lebens- und Futtermitteln sowie Saatgut,
- über Maßnahmen zur Einhaltung der Kennzeichnungsbestimmungen für gentechnisch veränderte Lebensmittel und
- über das Angebot in Gemeinschaftsverpflegungen und Kantinen im Verantwortungsbereich des Kreises hinsichtlich des Einsatzes gentechnisch veränderter Produkte.

gefordert.

Durch das heutige Anbauverbot von Mon810 bekommt dieser Beschuß neue Aktualität.

Petershagen b. Berlin am 14.4.09

Burkhard Paetzold, Fraktionsvorsitzender